

Finanzmärkte: Neue Regeln für die Tech-Giganten

1. Kompetenzen

Die Schülerinnen und Schüler sollen ...

1. sich die aktuellen Entwicklungen auf dem europäischen Markt für digitale Bezahlungssysteme erschließen.
2. die politischen Diskussionen innerhalb der Europäischen Union (EU) hinsichtlich der Anpassung der bestehenden Regeln und Überwachungsmechanismen im Finanzbereich erläutern.
3. sich anhand des vorliegenden Beispiels mit den ordnungspolitischen Aufgaben des Staates in marktwirtschaftlichen Ordnungen auseinandersetzen.

2. Aufgaben

1. *Erschließen Sie sich die aktuellen Entwicklungen auf dem europäischen Markt für digitale Bezahlungssysteme. Ermitteln Sie die in diesem Bereich neu auftretenden Akteure.*
2. *Überprüfen Sie, inwieweit es im Zuge dieser Prozesse zu einem grundlegenden Strukturwandel innerhalb der Branche kommt. Arbeiten Sie hierbei die Auswirkungen für die traditionellen Unternehmen heraus.*
3. *Analysieren Sie die politische Diskussion innerhalb der Europäischen Union (EU) hinsichtlich der Anpassung der bestehenden Regeln und Überwachungsmechanismen im Finanzbereich. Arbeiten Sie heraus, aus welchen Gründen Regeländerungen als notwendig angesehen werden und welche Schritte hierbei als maßgeblich erscheinen.*
4. *Erläutern Sie die folgende Aussage eines Vertreters der Banken- und Finanzaufsicht und nehmen Sie begründet Stellung: „Wenn immer mehr Finanzgeschäft zu Unternehmen abwandert, die nicht direkt reguliert werden, sollten wir schon ein Auge darauf haben. Das heißt aber nicht, dass wir die großen Technologiekonzerne als Ganzes beaufsichtigen wollen.“*
5. *Überprüfen und begründen Sie, inwiefern es sich bei den geplanten staatlichen Eingriffen um ordnungspolitische Maßnahmen handelt.*
6. *Diskutieren Sie den aus Ihrer Sicht sinnvollen Umfang der staatlichen Eingriffe im vorliegenden Fall.*

Finanzmärkte: Neue Regeln für die Tech-Giganten

Deutschland und Frankreich wollen Unternehmen wie Google und Amazon im Finanzsektor genauer kontrollieren.

Zwei amerikanische Konzerne haben 2018 den Markt für mobiles Bezahlen in Deutschland aufgerüttelt. Im Juni startete Google Pay in der Bundesrepublik, im Dezember folgte Apple Pay. Und auch im wachsenden Markt für Onlinebezahlungen gewinnen US-Unternehmen wie Visa, Mastercard und Paypal immer mehr an Bedeutung.
5 Der Bezahlendienst Paypal vergibt in Deutschland seit Kurzem zudem Kredite an Händler.

Vor diesem Hintergrund überrascht es nicht, dass sich Politiker und Finanzmarktaufseher in Deutschland seit einiger Zeit Gedanken machen, wie sie auf den steigenden Einfluss von ausländischen Technologiefirmen im Finanzsektor reagieren sollen. Und sie suchen
10 dabei nach Informationen des Handelsblatts den Schulterchluss mit ihren Kollegen in Frankreich. Die Regierungen beider Länder diskutieren Insidern zufolge auf Arbeitsebene über Wege, wie ein gemeinsamer Rechtsrahmen zur Regulierung der Finanzaktivitäten großer Technologiekonzerne geschaffen werden kann. In der Bundesregierung wird über das Thema unter dem Schlagwort „Digitale Kapitalmarktunion“ gesprochen. Dabei soll es
15 nicht darum gehen, Amazon, Google und Co. als Ganzes zu regulieren, sondern explizit nur deren Finanzmarkt-Geschäfte.

Hintergrund der Überlegungen ist Regierungskreisen zufolge, dass Tech-Giganten wie Amazon mit Macht ins Bank- und Versicherungsgeschäft vordringen. Deshalb müsse
20 sichergestellt werden, dass für sie dort die gleichen Regeln gelten wie für die stark regulierten Banken und Versicherer, heißt es in Berlin. Die Gespräche zwischen Deutschland und Frankreich seien noch in einem frühen Stadium, sagten mit dem Thema vertraute Personen. Beide Länder wollten vorangehen und hofften, dass sie anschließend auch andere EU-Staaten für ihre Ideen gewinnen könnten.

25 Bis das Thema auf europäischer Ebene diskutiert wird und am Ende möglicherweise in einer Gesetzesinitiative mündet, wird es nach Einschätzung von Beteiligten allerdings noch einige Zeit dauern. Vor der Europawahl im Mai und der anschließenden Formierung eines neuen EU-Parlaments und einer neuen Kommission werde bei dem Thema kaum
30 etwas vorangehen. Viele Finanzmarktaufseher dürften sich über die Überlegungen der Politik dennoch freuen. Denn sie haben schon länger Zweifel, ob sie die neuen Anbieter mit den bestehenden Regeln noch effektiv kontrollieren können. „Wenn immer mehr Finanzgeschäft zu Unternehmen abwandert, die nicht direkt reguliert werden, sollten wir schon ein Auge darauf haben“, sagte Raimund Röseler, der oberste Bankenkontrolleur der
35 deutschen Finanzaufsicht Bafin, im Gespräch mit dem Handelsblatt. „Das heißt aber nicht, dass wir die großen Technologiekonzerne als Ganzes beaufsichtigen wollen.“ [...]

Der Finanzstabilitätsrat (FSB) hat kürzlich in einer Studie vor potenziellen Risiken gewarnt, die durch das stärkere Engagement von Technologiekonzernen im Finanzsektor
40 entstehen können. Denn die Big Techs machen den Banken nicht nur mit eigenen Angeboten Konkurrenz. Sie sind oft auch als Dienstleister für die Institute tätig. Das

Problem dabei ist, dass die Aufseher die Dienstleister in vielen Ländern „nur in einem begrenzten Umfang kontrollieren können“, betont der FSB.

- 45 Bafin-Exekutivdirektor Röseler kann davon ein Lied singen. Denn im Gegensatz zu den Banken darf die Bafin die Tech-Konzerne nicht direkt überprüfen. Wenn die Behörde beispielsweise einen Cloud-Anbieter kontrollieren will, muss sie diese Prüfung über eine Bank, die den Cloud-Anbieter nutzt, in die Wege leiten. Werden bei dem Cloud-Anbieter dann Missstände festgestellt, muss die Bafin die Bank auffordern, diese beheben zu lassen.
- 50 „Bisher hat dieser Ansatz funktioniert“, erklärt Röseler. „Aber wenn wir es jetzt mit einer kleinen deutschen Bank und einem großen US-Technologiekonzern zu tun haben, dann wackelt der Schwanz mit dem Hund.“ Die Bafin denkt deshalb schon seit einiger Zeit darüber nach, ihre Outsourcing-Regeln zu überarbeiten. Denkbar ist, dass sie künftig bestimmte Aktivitäten und Verhaltensweisen der Dienstleister direkt kontrolliert. „Dies
- 55 wird heute bereits in der Wertpapieraufsicht so gehandhabt“, betont Röseler. Bei den Versicherern habe die Finanzaufsicht sogar direkten Zugriff auf die Dienstleister. [...]

Quelle: Schäfer, D./Kröner, A./Osman, Y., Handelsblatt, Nr. 059, 25.03.2019, 30